

**NIEDERSCHRIFT**  
**über die öffentliche Sitzung**  
**des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses**  
**vom Dienstag, 11. April 2006**

---

---

Sitzungsleiter: stellv. Bürgermeisterin Anhalt  
Schriftführerinnen: Seidinger (zu den TOP's 2 und 3), Pflieger

Anwesend waren stellv. Bürgermeister Ried, die Stadträtinnen Hülser (für Stadträtin Gruber), Dr. Luther (für Stadtrat Abinger), Rauscher und Warg-Portenlänger sowie die Stadträte Brilmayer F., Schechner A., Schechner M. jun. und Schechner M. sen..

Entschuldigt waren Stadträtin Gruber und Stadtrat Abinger.

Bürgermeister Brilmayer war als Zuhörer anwesend.

Von der Verwaltung nahmen Frau Seidinger, Frau Pflieger und Herr Hölzer beratend an der Sitzung teil.

Zu TOP 2 war Agraringenieur Hutterer anwesend.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte Bürgermeisterin Anhalt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

---

*Es wurden keine Bürgeranfragen vorgetragen.*

## **TOP 1**

Änderung des Protokolls der Sitzung des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 29.11.05

---

öffentlich

In der Sitzung des Stadtrates vom 20.12.05 hatte Stadtrat Andreas Schechner beantragt, im Protokoll des Umwelt-, Sozial- und Kulturausschusses vom 29.11.2006, TOP 2 seinen in dieser Sitzung formulierten Antrag zur Verwendung der städtischen Gelder im Rahmen des Bewirtschaftungskonzeptes Einzugsgebiet Klostersee aufzunehmen.

Die entsprechenden Änderungen wurden von der Verwaltung in das Protokoll eingearbeitet (s. grün-markierte Textstellen in der Anlage 1).

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss nahm die Protokolländerung zustimmend zur Kenntnis.

**TOP 2****Bewirtschaftungskonzept Weiherkette;  
Bericht von Herrn Hutterer**

---

öffentlich

Gemäß einer Forderung aus der Sozial-, Umwelt- und Kulturausschusssitzung am 20.11.05 berichtete Herr Dipl.-Ing. agr. Hutterer über die weiteren Fortschritte sowie die Teilnahmebereitschaft der Landwirte bei der Durchführung des Bewirtschaftungskonzeptes Einzugsgebiet Klostersee.

Herr Hutterer hat in den vergangenen Monaten 11 landwirtschaftliche Betriebe im Einzugsgebiet besucht, neun davon haben sich bereit erklärt eine oder mehrere der Maßnahmen des Konzeptes im laufenden Bewirtschaftungsjahr umzusetzen, zwei sind vertraglich noch an andere Programme wie Vertragsnaturschutz bzw. Kulturlandschaftsprogramm gebunden.

Bei seinen Beratungsgesprächen legte Herr Hutterer den größten Wert auf die Maßnahme 1.2a „Verzicht auf jegliche Düngung an Pufferstreifen (15m) entlang von zufließenden Gewässern und sonstigen Pufferzonen“. Hier wurden Absichtserklärungen für 2,48 Hektar Fläche abgegeben, was in etwa 1 km Grabenlänge bzw. 60 % der möglichen Fläche entspricht.

Die Bereitschaft zum kompletten Verzicht auf organische Düngung (Maßnahme 1.2b) war erwartungsgemäß sehr gering. Herr Hutterer betonte, dass dies stark davon abhängt, ob den Landwirten Ausgleichsflächen zur Verfügung stünden.

Zu einer Halbierung der organischen Düngung bzw. Begrenzung auf 1 GV/ha (Maßnahme 1.2c) haben sich die Landwirte auf 8 bis 9 Hektar der Flächen bereit erklärt, was etwa 40 % der möglichen Flächen entspricht. Alle diese Maßnahmen dienen vor allem einer Reduzierung der Keimbelastung im Zufluss.

Zur Verringerung der Phosphatbelastung eignen sich z.B. Maßnahmen wie die Zwischenbegrünung von Ackerflächen (Maßnahmen 2b und 2c). Dafür haben die Landwirte ebenfalls grundsätzliche Bereitschaft signalisiert, endgültige Entscheidungen können hier jedoch erst mit Planung des nächsten Wirtschaftsjahres getroffen werden.

Zur Maßnahme „Umwandlung von Acker in Grünland“ (Maßnahme 2a) wurden etwa 5 bis 10 Hektar gemeldet.

Die GPS-gestützte Entnahme und Untersuchung von Bodenproben, die für eine Düngeoptimierung sowie als Erfolgsnachweis alle 5 Jahre gemacht werden sollten, wird von den Landwirten durchweg propagiert.

Zusammenfassend erklärte Herr Hutterer, dass er mit dem Umfang der angemeldeten Maßnahmen und der Kooperationsbereitschaft der Landwirte sehr zufrieden sei. Alles in allem werden im Jahr 2006 voraussichtlich auf 50 % der Flächen Maßnahmen aus dem angebotenen Förderprogramm umgesetzt. Dies entspricht zu erwartenden Kosten für die Stadt von 6.500,- Euro. Im Anschluss daran entspann sich eine kurze, aber kontrovers geführte Diskussion.

Auf Nachfrage erklärte Herr Hutterer, dass eine Einschätzung der quantitativen Reduzierung von Keimen und Phosphat sehr schwierig sei, zumal ein Teil der Verschmutzung auf die natürliche Hintergrundbelastung zurück zu führen sei. Seiner Ansicht nach müsse aber das Klosterseeeproblem von mehreren Seiten angegangen werden und dazu sei eine Einbeziehung der Landwirtschaft unabdingbar.

Aus der Mitte des Ausschusses wurde die Frage an die Verwaltung gerichtet, welche Bemühungen unternommen werden, um Ausweichflächen, speziell vom Staatsgut Osterseeon zur Verfügung zu stellen. Stellvertretende Bürgermeisterin Anhalt erteilte hierzu Bürgermeister Brilmayer das Wort, der berichtete, dass die Stadt in Kontakt zum Landwirtschaftsministerium stehe und man dort über die Probleme und Bedürfnisse der Stadt bzgl. des Klostersees informiert sei. Ob und wann sich hier eine Möglichkeit zum Flächenerwerb ergebe, lasse sich aber nicht vorhersagen.

*Bei diesem Tagesordnungspunkt handelte es sich um eine Berichterstattung, eine Abstimmung fand nicht statt.*

**TOP 3**Beweidungskonzept für Ausgleichsflächen

öffentlich

Frau Seidinger trug zu diesem Tagesordnungspunkt Folgendes vor:

Die Idee zu einer Beweidung der Ausgleichsflächen mit einer alten Haustierrasse stammt von Herrn Finster, dem Leiter der Unteren Naturschutzbehörde, wobei der Leiter des Museums Wald und Umwelt, Herr Freitag hier schon einige Vorarbeit geleistet hat. Vor etwa sechs oder sieben Jahren war das Thema nämlich schon einmal in ähnlicher Weise auf dem Tisch und zwar in Bezug auf eine Art Tierpark mit alten Haustierrassen, der am Museum eingerichtet werden sollte. Aufgrund des zu erwartenden hohen Aufwandes wurde die Idee aber wieder verworfen.

Die Stadt hat derzeit sieben Ausgleichs- bzw. Ökokontoflächen von denen vier für eine Beweidung in Frage kommen würden. Außerdem würde sich das Außengelände des Museum zum großen Teil für eine Beweidung eignen. Die Flächen werden derzeit im Auftrag der Stadt zwei- bis dreimal pro Jahr maschinell gemäht. Die Kosten können dabei je nach Aufwand relativ hoch sein.

Umfangreiche Recherchen haben ergeben, dass eigentlich nur Schafe für eine Beweidung in Frage kommen, alle anderen Tierrassen wie Schweine, Rinder oder Ziegen erfordern zu großen Aufwand. Für unsere Region am geeignetsten wäre hier das Waldschaf. Es stammt in direkter Linie vom Zaupelschaf ab, das über hunderte von Jahren die in unserer Gegend gehaltene Schafrasse war. Es ist klein, sehr robust und hat ein recht typisches „schafiges“ Aussehen.

Über den bayerischen Schafzüchterverband sowie die Gesellschaft zur Erhaltung von alten Haustierrassen konnte mit einem Landwirt in Erding der nächstgelegene Züchter von Waldschafen ausfindig gemacht werden. Im Landkreis Ebersberg haben sich leider kein Züchter und auch kein Interessent für diese Aktion gefunden.

Eine Besprechung mit diesem Schafhalter sowie eine Besichtigung der Flächen im Museumsfreigelände hat zu dem Ergebnis geführt, dass – falls eine Beweidung in diesem Jahr versuchsweise durchgeführt wird - sich dies zur Erprobung erstmal auf die Außenfläche des Museums beschränken sollte. Es handelt sich hierbei um eine Gesamtfläche von relativ überschaubaren 2,3 Hektar.

Eine Beweidung hier würde so ablaufen, dass der Landwirt eine kleine Herde Schafe mit seinem Fahrzeug bringt. Es wird dann immer ein Areal mit einem Elektrozaun abgesteckt, das die Schafe innerhalb von ein, zwei oder drei Wochen abweiden. Dann wird der Zaun wieder ein Stück weiter transportiert und so nach und nach die gesamte Fläche beweidet. Innerhalb des Zaunes steht eine zerlegbare und transportable Weidehütte als Wetterschutz zur Verfügung. Die Verantwortung für die Tiere, speziell die Versicherung, die medizinische Versorgung und die Pflege liegt beim Halter. Er würde einmal in der Woche nach den Schafen schauen. Die Stadt müsste dafür sorgen, dass Bäume ausreichend geschützt sind sowie einmal täglich jemand kurz nach den Tieren schaut und sie bei Bedarf auch mit Wasser versorgt. Hier ist uns vom Landratsamt mündlich zugesagt, dass uns der Absolvent des Freiwilligen Ökologischen Jahres tatkräftig unterstützen würde. Teilweise wäre auch der Zivildienstleistende der Stadt einsetzbar, sowie am Wochenende nach Einweisung eventuell das Kasenpersonal des Museums. Ganz abschließend ist dies jedoch bislang noch nicht geklärt.

### Gründe, die für eine Beweidung sprechen:

1. Schonenderer Umgang mit naturschutzfachlich wertvollen Flächen, was auch die untere Naturschutzbehörde sehr begrüßen würde. Man weiß z.B. dass die Artenvielfalt auf extensiv beweidetem Grünland sehr viel höher ist, als auf Wiesen, die mit dem Kreiselmähwerk gemäht werden.
2. Positive Publicity für die Stadt und das Museum
3. Bereicherung des Museumsangebotes durch lebendige Tiere.

### Finanzielle Seite:

Zu bedenken ist hier, dass das Waldschaf eine sehr extensive Rasse ist und die mageren Flächen um das Museum auch nicht sehr viel hergeben, so dass nicht erwartet werden kann, dass der Schafhalter aus der Vermarktung der Tiere einen großen Gewinn erzielen würde. Zudem hat er wöchentliche Fahrtkosten sowie weiteren Aufwand, der ihm ersetzt werden muss.

Einzusetzen sind außerdem einmalige Investitionskosten von etwa 2000,- Euro für die Weidehütte, Elektrozaun und Weidezaungerät, die die Stadt tragen müsste. Bei Misserfolg könnte das jedoch auch wieder verkauft werden.

Darüber hinaus würde die Höhe der Entschädigung, die mit dem Schafhalter im Falle eines Zustandekommens der Beweidung für dieses Jahr vereinbart wurde den derzeit kalkulierten Kosten für das maschinelle Mähen entsprechen. Ein Betrag für die Entschädigung einer eventuell nötigen Aushilfskraft wurde dabei schon berücksichtigt.

Abschließend wies Frau Seidinger nochmals ausdrücklich darauf hin, dass das ganze von beiden Seiten als Versuch zu sehen wäre. Wenn es aber gut klappt, könnte die Beweidung im nächsten Jahr auf weitere Ausgleichsflächen ausgedehnt werden und sich dann sogar – neben den anderen schon genannten Vorzügen – ein finanzieller Vorteil für die Stadt ergeben. Als Zukunftsvisionen wären auch denkbar, dass ein ortsansässiger Schafhalter die Beweidung übernehmen würde.

Der Vorschlag wurde vom Ausschuss mit Wohlwollen aufgenommen, Frau Seidinger beantwortete die auftretenden Fragen der Ausschussmitglieder direkt.

*Einstimmig mit 9 : 0 Stimmen beschloss der Ausschuss, die versuchsweise Beweidung des Außengeländes am Waldmuseum unter genannten Bedingungen 2006 durchzuführen.*

### TOP 4

- Sachgebiet Kinder, Jugend, Familie;  
 a) Jahresbericht 2005 Stadtjugendpflege  
 b) Schwerpunkte 2006

---

öffentlich

- a) Jahresbericht 2005 Stadtjugendpflege

Herr Hölzer berichtete dem Ausschuss anhand einer DVD-Photo-Präsentation über die verschiedenen Maßnahmen und Schwerpunkte der Arbeit der Stadtjugendpflege im Jahr 2005.

Der Ausschuss lobte die zahlreichen Aktivitäten und dankte Herrn Hölzer für die geleistete Arbeit.

b) Schwerpunkte 2006

Im Anschluss stellte Herr Hölzer die geplanten Schwerpunkte der Arbeit des neuen Sachgebietes Kinder, Jugend, Familie vor:

- **Ferienprogramm**
- **Förderung Ehrenamt**  
Jugendleiterausbildung in Kooperation mit Aßling und Grafing  
Fortbildung Freiwilligen Management
- **Kinderbetreuung**  
Bedarfsplanung BayKiBiG  
Runder Tisch  
Schülerbetreuung
- **Vernetzungskonzept**  
Integrationskonferenz  
Steuerungsgruppe
- **Kooperation mit der Hauptschule Ebersberg**  
Bewerbungstraining in Kooperation mit der Brücke Ebersberg  
Konzeptentwicklung „Ausbildungspakt“  
Streitschlichterausbildung  
Projekt „Fit ins neue Schuljahr“
- **Projekt Gegen Rechts**  
Multiplikatoren-ausbildung  
Studientag im Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände Nürnberg  
Bildungsveranstaltung von JIG und AJZ

Er wies ergänzend darauf hin, dass im Haushaltsplan 2006 für den Bereich der Stadtjugendpflege wieder das Gesamtvolumen des Vorjahres eingestellt und vom Finanz- und Verwaltungsausschuss bereits anerkannt worden sei.

Der Umwelt-, Sozial- und Kulturausschuss nahm den Bericht zustimmend zur Kenntnis.

**TOP 5**

Kinderbetreuungseinrichtungen;

- a) Information zum neuen BayKiBiG
- b) Kindergarten- und Krippensituation nach den Anmeldungen für 2006/2007
- c) Einrichtung weiterer Krippenplätze

---

öffentlich

a) Information zum neuen BayKiBiG

Anhand einer Folienpräsentation (s. Anlage 2) des Bayerischen Gemeindetages erläuterte Frau Pfleger den Ausschussmitgliedern Struktur und Inhalt des neuen Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) im Einzelnen. Sie wies insbesondere auf den Sicherstellungsauftrag für die Gemeinden, das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern und das neue Modell der kindbezogenen Förderung hin, die im neuen Gesetz verankert sind.

Detailfragen aus dem Ausschuss wurden direkt beantwortet.

b) Kindergarten- und Krippensituation nach den Anmeldungen für 2006/2007

Anmelde- bzw. Nutzerzahlen in den Kindergärten haben nicht mehr den gleichen Stellenwert wie bisher, da im neuen kindbezogenen Fördermodell keine bezuschussten Plätze leer bleiben. Allerdings ist zur Vermeidung von Zusatzkosten eine Anpassung des Personalstandes an die gebuchten Nutzungszeiten erforderlich.

Nach den Anmeldungen für 2006/2007 sollen einige Kinder unter drei Jahren den Kindergarten besuchen. Diese belegen nach dem neuen Modell zwei Plätze, sofern nicht vom

LRA die Nutzung von nur einem Platz genehmigt wird. Sofern dies so gehandhabt wird, werden die Kindergärten teilweise überbelegt ( d. h. die in der Bedarfsfiktion anerkannten Platzzahlen überschreiten) sein, zumindest bis die Kinder das dritte Lebensjahr vollenden. Dennoch können alle angemeldeten Kinder einen Kindergartenplatz erhalten, da in einer Einrichtung noch freie Kapazitäten vorhanden sind. Durch den Wechsel einiger Kinder dorthin oder die Genehmigung der „Ein-Platz-Nutzung“ durch das LRA oder die Ausweitung der Betriebserlaubnis um einige Plätze und die über die Bedarfsfiktion hinausgehende Anerkennung dieser Plätze durch die Stadt kann der gemeldete Bedarf befriedigt werden.

Von der SPD-Fraktion wurde beantragt, von den Trägern bis zur Sitzung des Sozialausschusses, in der das Ergebnis der bevorstehenden Bedarfsplanung behandelt wird, verbindliche Zahlen über die Buchungszeiten für das Kita-Jahr 2006/2007 einzufordern, um über etwaige notwendige Maßnahmen – insbesondere hinsichtlich der Anpassung der Personalausstattung – beraten zu können.

Von Seiten der Verwaltung wurde bemerkt, dass die freigemeinnützigen Träger rechtlich nicht zur Einholung verbindlicher Buchungszeiten verpflichtet werden können; eine Möglichkeit die Träger zu den notwendigen Maßnahmen zu drängen bestünde jedoch über entsprechende Regelungen in den Defizitverträgen. Über deren geplante Anpassung soll im nicht öffentlichen Teil berichtet werden.

Der Sozialausschuss beauftragte die Verwaltung einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, von den Trägern verbindliche Zahlen über die Buchungszeiten für das Kita-Jahr 2006/2007 einzuholen und in der Sitzung des Sozialausschusses, in der das Ergebnis der bevorstehenden Bedarfsplanung behandelt wird, vorzustellen.

Die BRK-Krippe ist derzeit mit 10 Ebersberger und 2 auswärtigen Kindern belegt. Im Herbst werden durch Wechsel der Kinder in den Kindergarten 4 – 5 Plätze frei.

Auf der Warteliste stehen 18 Kinder aus Ebersberg; 6 Kinder aus anderen Gemeinden sind angemeldet. Schon ohne eine genauere Bedarfsfeststellung, wie sie in den nächsten Wochen durchgeführt werden soll, ist damit das Erfordernis weiterer Krippenplätze erkennbar.

#### c) Einrichtung weiterer Krippenplätze, Antrag der CSU vom 10.04.06

Wie unter Buchst. b) dargestellt macht die derzeitige Anmeldesituation in der Kinderkrippe die Einrichtung weiterer Krippenplätze notwendig.

Von der CSU-Fraktion wurde hierzu am 10.04.06 ein Antrag zur Schaffung weiterer Krippenplätze vorgelegt, der in der Sitzung aufgelegt wurde und dem Protokoll als Anlage 3 beigefügt ist.

Zugleich bat die Verwaltung um den Auftrag, die Einrichtung weiterer Krippenplätze zu planen und schlug hierzu folgendes Vorgehen vor.

- Bedarf der gemeldeten Kinder nochmals bestätigen lassen
- Nachfrage bei den derzeitigen Trägern der Ebersberger Einrichtungen nach Bereitschaft und Möglichkeit der Schaffung von weiteren Krippenplätzen
- Gegebenenfalls Suche nach anderen Trägern
- Sofern diese Suche ohne positives Ergebnis bleibt, Prüfung einer Trägerschaft der Stadt
- Suche nach geeigneten Räumen
  - in bestehenden Einrichtungen
  - Anmietung von Räumen
  - Aufstellen von Containern
  - Anbau an bestehende Einrichtung

Der Ausschuss war sich einig über die Notwendigkeit der Schaffung weiterer Krippenplätze. Aus der Mitte des Ausschusses wurde jedoch festgestellt, dass die im CSU-Antrag enthaltene Formulierung der „Schließung einer Kindergartengruppe“ nicht der neuen Gesetzeslage entspricht, wonach im Rahmen der kindbezogenen Förderung keine Gruppeneinteilung mehr geschieht.

Der entsprechende Absatz wurde von der CSU-Fraktion daraufhin wie folgt umformuliert:

*„Die Stadtverwaltung wird gebeten, zu prüfen, ob sich angesichts der weiter gestiegenen Nachfrage nach Kinderkrippenplätzen für Herbst 2006 eine Wiederauflage des bereits im Herbst 2004 auf Vorschlag der CSU erfolgreich realisierten Lösungskonzeptes – Nutzung freiwerdender Kapazitäten in den Ebersberger Kindergärten für die Einrichtung zusätzlicher Krippenplätze – umsetzen lässt.“*

Der Sozialausschuss stimmte einstimmig mit 9 : 0 Stimmen dem umformulierten Antrag der CSU-Fraktion zu.

Gleichzeitig beauftragte der Sozialausschuss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen die Verwaltung mit der Planung der Einrichtung weiterer Krippenplätze entsprechend dem von ihr vorgeschlagenen Vorgehen.

## TOP 6

Kreisjugendring Ebersberg;  
Zuschussantrag 2006

---

öffentlich

Der Kreisjugendring beantragt für das Jahr 2006 einen Zuschuss in Höhe von 4.742,17 €. Der Betrag setzt sich aus einem Grundbetrag von 671,00 € und einem Anteil von 70 % der im Jahr 2005 an Ebersberger Organisationen für Jugendarbeit ausgereichten Fördermittel zusammen. Die restlichen 30% werden nach wie vor vom Landkreis erstattet. Die Obergrenze des Gesamtzuschusses wurde dabei wiederum bei 34.500,00 € festgeschrieben.

Der Sozialausschuss beschloss einstimmig mit 9 : 0 Stimmen, dem Kreisjugendring für das Jahr 2006 einen Zuschuss in Höhe von 4.742,17 € zu gewähren.

## TOP 7

Benennung von Vertretern der Stadtratsfraktionen für das Partnerschaftskomitee

---

öffentlich

Zur Intensivierung des Austausches zwischen Stadtrat und Partnerschaftskomitee wurden die Stadtratsfraktionen gebeten, in der Sitzung jeweils ein Fraktionsmitglied als Kontaktperson für das Komitee zu benennen.

Folgende Stadträtinnen und Stadträte wurden benannt:

CSU-Fraktion	Stadträtin Gruber
SPD-Fraktion	Stadtrat August
UWG- Fraktion	Stellv. Bürgermeister Ried
Fraktion der GRÜNEN	Stadtrat Berberich

**TOP 8**

Verschiedenes

---

öffentlich

*Zu diesem Tagesordnungspunkt lag nichts vor.*

**TOP 9**

Wünsche und Anfragen

---

öffentlich

- a. Stadträtin Hülser informierte den Ausschuss über eine Facharbeit zum Thema „Miniermotte“, deren Verfasserin anbietet, Kastanienbäume der Stadt in ihr Projekt einzubinden. Dabei wird die Entwicklung geimpfter Bäume mit der ungeimpfter verglichen.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt sagte zu diesen Hinweis seitens der Verwaltung weiterzuverfolgen.

- b. Stadtrat Andreas Schechner wies auf den schlechten Zustand der Wanderwege - insbesondere im Bereich des Langweiher - hin und bat um Abhilfe.

- c. Stellv. Bürgermeister Ried schloss sich dieser Bitte an und erkundigte sich nach dem Zustand des Fischersteges.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt erklärte, dass die Stadt nicht Eigentümer des Steges sei, jedoch jederzeit bei Sanierungsmaßnahmen behilflich sein könne.

- d. Stadträtin Warg-Portenlänger regte an auf dem Marienplatz einen oder mehrere Mutter-Kind-Parkplätze, die das Ein- und Aussteigen durch eine größere Breite erleichtern, einzurichten. Durch dieses städtische Beispiel sollen auch private Gewerbetreibende zu einem solchen Angebot angeregt werden.

Stellv. Bürgermeisterin Anhalt sagte zu, die Möglichkeiten hierzu zu prüfen.

Beginn der nicht öffentlichen Sitzung: 19.00 Uhr  
 Ende der nicht öffentlichen Sitzung: 22.10 Uhr

Anhalt  
 Sitzungsleiterin

Seidinger  
 Schriftführerin  
 zu TOP 2 und 3

Pfleger  
 Schriftführerin